



Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2006 (-Drucksache 153/2005-)

Beteiligungsberichte des Landkreises Bad Dürkheim



**Beteiligungsberichte gemäß § 90 Abs. 2 GemO**

Gemäß § 57 LKO i.V.m. § 90 Abs. 2 GemO ist der Landkreis verpflichtet, dem Kreistag mit der Vorlage des Entwurfs der Haushaltssatzung einen Bericht über die Beteiligung an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen sie mindestens mit 5 v.H. beteiligt sind, vorzulegen. Der Beteiligungsbericht soll insbesondere Angaben enthalten über:

- den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Besetzung der Organe und die Beteiligung des Unternehmens,
- den Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks durch das Unternehmen,
- die Grundzüge des Geschäftsverlaufs, die Lage des Unternehmens, die Kapitalzuführungen und -entnahmen durch die Gemeinde und die Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft und die gewährten Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung und des Aufsichtsrats oder der entsprechenden Organe des Unternehmens für jede Personengruppe sowie
- das Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO für das Unternehmen. Danach darf der Landkreis wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn
 1. der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt,
 2. das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und
 3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

Der Landkreis ist wie folgt an wirtschaftlichen Unternehmen mit mehr als 5 % in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligt:

Unternehmen	Stand 31.12.2004	Anteil am Stammkapital
GML	51.200,00 EUR	6,25 %
Rhein-Haardtbahn	207.737,89 EUR	12,50 %
Staatsbad	1.227.240,00 EUR	24,49 %
HDW Bockenheim	6.391,15 EUR	25,00 %

Auch für nichtwirtschaftliche Einrichtungen ist ein Beteiligungsbericht erforderlich, er muss jedoch keine Ausführungen zum Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO enthalten. Der Beschlussvorlage ist deshalb auch ein Beteiligungsbericht hinsichtlich des Kreiskrankenhauses Grünstadt, des Abfallwirtschaftsbetriebes und der Beteiligung des Landkreises an der Bauhilfe Haßloch beigelegt.

Bad Dürkheim, den 05.12.2005

Sabine Röhl
Landrätin



Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO



Teil I

- für alle Unternehmen und Einrichtungen -

Name des Unternehmens	GML Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH Ludwigshafen
Rechtsform	☐ öffentlich-rechtlich ☒ privatrechtlich - GmbH
Gegründet	1985
Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	18.07.2003
Wirtschaftsjahr ist (z.B. Kalenderjahr)	01.01.2004 - 31.12.2004
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres 2004	819.200,00 €
Veränderung im Berichtsjahr	0 €
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	sind nach § 2 des Gesellschaftsvertrages die Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Behandlung, Verwertung und Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen, die Erbringung abfallwirtschaftlicher Dienstleistungen, die Abgabe des bei der Verbrennung erzeugten Dampfes in unverarbeitetem Zustand an die Technischen Werke Ludwigshafen AG zur Verteilung oder zur Erzeugung von Wärme und Strom.
	Der Gegenstand des Unternehmens ist ☐ eine wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 1 GemO ☒ eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO

Teil II

- nur für Unternehmen in privater Rechtsform -

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	<u>Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt:</u> • die Stadt Worms mit 6,25% • die Stadt Ludwigshafen mit 55,63% • die Stadt Speyer mit 6,25% • die Stadt Frankenthal mit 6,25% • die Stadt Neustadt/Weinstraße mit 6,25% • der Landkreis Bad Dürkheim mit 6,25% • der Rhein-Pfalz-Kreis mit 6,25% • der Landkreis Alzey-Worms mit 6,25% • die Stadt Mannheim mit 0,62% <u>100,00%</u>
--	--

Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz Nr. 1 GemO)	<u>Für die Gemeinde gehören an:</u> ▪ der Gesellschafterversammlung: <i>Landrätin Sabine Röhl</i> ▪ dem Aufsichtsrat <i>1. Kreisbeigeordneter Erhard Freunscht</i> <u>Der Geschäftsführung gehören an:</u> <i>Dr. Wolf-Günther Druckenbrodt</i>
--	---

Beteiligungen des Unternehmens (§90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Das Unternehmen ist beteiligt an: <table border="0"> <tr> <td>▪</td> <td></td> <td>mit</td> <td>%</td> </tr> <tr> <td>▪</td> <td></td> <td>mit</td> <td>%</td> </tr> <tr> <td>▪</td> <td></td> <td>mit</td> <td>%</td> </tr> </table> Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr ☒ nicht verändert ☐ wie folgt verändert:	▪		mit	%	▪		mit	%	▪		mit	%
▪		mit	%										
▪		mit	%										
▪		mit	%										

Wichtige Verträge (z. B. Konzessionsvertrag)	keine Vertragsabschlüsse im Kalenderjahr 2004
---	--

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben	Sicherstellung des Entsorgungsauftrages für die Zukunft
--	--

Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kennzahl
1. Ertragslage	
a) Rentabilität	
▪ <i>Eigenkapitalrentabilität</i>	(Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital 0,93%
▪ <i>Gesamtkapitalrentabilität</i>	([Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen] x 100) : Gesamtkapital 4,91%
b) Umsatz pro ...	
▪ <i>Mitarbeiter (14)</i>	Umsatz : Anzahl der Mitarbeiter 1.621.619,03 €
▪ <i>Anschlußnehmer</i>	Umsatz : Anzahl der Anschlußnehmer -
▪ <i>Einwohner (700.000)</i>	Umsatz : Anzahl der Einwohner 32,43 €
▪ <i>Cash-Flow</i>	Jahresüberschuß/-fehlbetrag + Abschreibungen auf Anlager + Pensionsrückstellungen 5.326.488,71 €
2. Vermögensaufbau	
▪ <i>Anlagenintensität</i>	(Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen 88,46%
▪ <i>Intensität des Umlaufvermögens</i>	(Umlaufvermögen x 100) : Gesamtvermögen 15,35%
3. Anlagenfinanzierung	
▪ <i>Anlagendeckung I</i>	(Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen 16,90%
▪ <i>Anlagendeckung II</i>	([Eigenkapital + langfr. Fremdkapital] x 100) : Anlagevermögen 93,54%
4. Kapitalausstattung	
▪ <i>Eigenkapitalquote</i>	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital 14,95%
▪ <i>Fremdkapitalquote</i>	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital 85,05%
5. Liquidität	
▪ <i>Liquiditätsgrad III</i>	(Umlaufvermögen incl. Vorräte x 100) : mittel- u. kurzfristiges Fremdkapital 57,69%

Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	☒ Das Unternehmen ist finanziell solide und für die künftigen Anforderungen bis auf weiteres gerüstet. ☐ Das Unternehmen benötigt, um auch künftig den Anforderungen gewachsen zu sein, (weitere) Kooperationspartner. ☐ Das Unternehmen benötigt für die erforderlichen Investitionen / zur dauerhaften Sicherung eine Eigenkapitalquote von > 30%. ☐ Das Unternehmen benötigt auf Dauer einen Zuschuß der Gemeinde in Höhe von = €. ☐ Der Kostendeckungsgrad betrug im Berichtszeitraum%; er ist mittelfristig zur Sicherung des Unternehmens auf% anzuheben. ☐ Eine Veränderung der seit geltende Gebühren/Preise um% zum ist erforderlich. ☐ Die gewünschte Ausdehnung des Leistungsangebotes des Unternehmens erfordert zusätzliches Eigenkapital in Höhe von €.						
Kapitalzuführungen / -entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	☐ nicht erfolgt ☒ Kapital in Höhe von 75.541,63 € wurde zugeführt. ☐ Kapital in Höhe von € wurde entnommen.						
Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Stadt (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<u>Kapitalzuführungen/ -entnahmen der letzten 3 Jahre:</u> in die freien Rücklagen <u>Gewinnabführungen der letzten 3 Jahre:</u> lt. Satzung und entsprechendem Gewinnverwendungsbeschluss <u>Vom Unternehmen gezahlte Steuer an die Stadt in den letzten 3 Jahren:</u> <table style="width: 100%; margin-left: 40px;"> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td style="text-align: right;">2002</td> </tr> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td style="text-align: right;">2003</td> </tr> <tr> <td>Gewerbesteuer</td> <td style="text-align: right;">2004</td> </tr> </table> <u>Vom Unternehmen gezahlte Konzessionsabgaben an die Stadt in den letzten 3 Jahren:</u>	Gewerbesteuer	2002	Gewerbesteuer	2003	Gewerbesteuer	2004
Gewerbesteuer	2002						
Gewerbesteuer	2003						
Gewerbesteuer	2004						

Laufende Gesamtabzüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	☐ Vorstand / Geschäftsführung / Werkleitung ☒ Aufsichtsrat 7.641 €
Personalentwicklung (durchschnittl. Zahl des Personals für das Berichtsjahr und das Vorjahr nach Gruppe d. h. Arbeiter, Angestellte...)	14 nur Angestellte

Teil III

- für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts -

Vorliegen der Voraussetzung des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen: <i>"Die Gemeinde darf wirtschaftliche Unternehmen nur errichten, übernehmen oder wesentlich erweitern, wenn</i> 1. Der öffentliche Zweck das Unternehmen rechtfertigt. 2. Das Unternehmen nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und dem voraussichtlichen Bedarf steht und 3. Der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann."	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1: Hierzu sind unter dem Stichwort "Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks" die notwendigen Angaben erfolgt, zu § 85 Abs. 1 Nr. 2: Hierzu sind unter dem Stichwort "Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft" die notwendigen Angaben erfolgt, zu § 85 Abs. 1 Nr. 3: ☒ Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern. ☐ Im Berichtsjahr wurden alternative Arten der Ausgaben Erfüllung (für die Teilaufgabe X) geprüft. Die Ergebnisse wurden am im Aufsichtsrat (sowie am im Ausschuß/Stadtrat beraten. ▪ Für die Aufgabe wurde ein privates Angebot als besser und wirtschaftlicher bewertet. Ein entsprechender Vertragsabschluß ist zum vorgesehen. ▪ Das vom Privaten unterbreitete Angebot wurde gegenüber der bisherigen Aufgabenerfüllung als nicht gleichwertig erachtet. Von dem privaten Angebot wurde Abstand genommen.
---	---

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

TEIL I für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Rhein-Haardtbahn GmbH
Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gegründet Der derzeitige Gesellschaftsvertrag datiert vom	1910 30.01.1992
Wirtschaftsjahr ist Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres Veränderungen im Berichtsjahr	das Kalenderjahr 3.250.000,00 DM ($\cong$ 1.661.698,61 €) keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	ist der Betrieb einer elektrischen Eisenbahn auf der Strecke Bad Dürkheim – Ludwigshafen- Oggersheim für Personen- und Stückgutbeförderung. Außerdem kann die Gesellschaft Omnibuslinienverkehr in ihrem Verkehrsbereich sowie Omnibusgelegenhetsverkehr betreiben.
	Der Gegenstand des Unternehmens ist eine wirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 1 GemO

TEIL II nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: 1. Technische Werke Ludwigshafen am Rhein Aktiengesellschaft mit DM 1.755.000 = 54 % ($\cong$ € 897.317,25) 2. Stadt Bad Dürkheim mit DM 325.000 = 10 % ($\cong$ € 166.169,86) 3. Landkreis Bad Dürkheim mit DM 406.300 = 12,5 % ($\cong$ € 207.737,89) 4. Landkreis Ludwigshafen am Rhein mit DM 617.500 = 19 % ($\cong$ € 315.722,74)
--	---

	5. Verbandsgemeinde Maxdorf mit DM 65.000 = 2 % (= € 33.233,97) 6. Verbandsgemeinde Wachenheim mit DM 34.800 = 1,07 % (= € 17.792,96) 7. Ortsgemeinde Ellerstadt mit DM 34.800 = 1,07 % (= € 17.792,96) 8. Ortsgemeinde Gönnheim mit DM 11.600 = 0,36 % (= € 5.930,99)
--	---

Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2
Satz 3 Nr. 1 GemO)

• **Gesellschafterversammlung**

1. Für den Aufsichtsrat
Oberbürgermeisterin der Stadt
Ludwigshafen Dr. Eva Lohse
2. Für die Technischen Werke Ludwigshafen
Vorstand Dipl. Volksw. Giso Rocker
Vorstand Dr.-Ing. Gerhard Weissmüller
3. Für die Stadt Bad Dürkheim
Bürgermeister Wolfgang Lutz
oder Vertreter
4. Für den Landkreis Bad Dürkheim
Landrätin Sabine Röhl
oder Vertreter
5. Für den Landkreis Ludwigshafen
Landrat Werner Schröter
oder Vertreter
6. Für die Verbandsgemeinde Maxdorf
Bürgermeister Eckhard Leyser
oder Vertreter
7. Für die Verbandsgemeinde Wachenheim
Bürgermeister Klaus Huter
oder Vertreter
8. Für die Ortsgemeinde Ellerstadt
Ortsbürgermeister Helmut Rentz
oder Vertreter
9. Für die Ortsgemeinde Gönnheim
Ortsbürgermeister Robert Blaul
oder Vertreter

• der Aufsichtsrat

TWL

Dr. Eva Lohse	Oberbürgermeisterin Stadt Ludwigshafen
Christian Beilmann	Stadtrat Stadt Ludwigshafen (ab 30.11.2004)
Inge Berker	Stadträtin Stadt Ludwigshafen (bis 30.11.2004)
Dr. Bernhard Braun	Landtagsabgeordneter
Berthold Messemer	Stadtrat Stadt Ludwigshafen (bis 30.11.2004)
Ingrid Reske	Stadträtin Stadt Ludwigshafen (bis 30.11.2004)
Heike Scharfenberger	Stadträtin Stadt Ludwigshafen (ab 30.11.2004)
Manfred Schwarz	Stadtrat Stadt Ludwigshafen
Anke Simon	Stadträtin Stadt Ludwigshafen (ab 30.11.2004)

Stadt Bad Dürkheim

Wolfgang Lutz	Bürgermeister
---------------	---------------

Landkreis Bad Dürkheim

Sabine Röhl	Landrätin
-------------	-----------

Landkreis Ludwigshafen

Werner Schröter	Landrat
Robert Hofmann	Kreisbeigeordneter

Verbandsgemeinde Maxdorf

Eckhard Leyser	Bürgermeister
----------------	---------------

	<u>Verbandsgemeinde Wachenheim</u> <u>Ortsgemeinden Ellerstadt und Gönheim</u> Helmut Rentz Ortsbürgermeister <u>Arbeitnehmer</u> Ruth Geis kfm. Angestellte Christian Kühn kfm. Angestellter Andreas Schmidt Triebwagenfahrer (ab 23.08.2000) <u>der Geschäftsführung gehören an:</u> Dipl.-Volkswirt Giso Rocker Dr.-Ing. Gerhard Weissmüller
--	--

Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Das Unternehmen ist beteiligt an der <i>Unternehmensgesellschaft Verkehrsverbund Rhein-Neckar mbH, Mannheim (URN)</i> Beteiligung: 1,89 % <i>Rhein-Neckar Verkehr GmbH, Mannheim (RNV)</i> Beteiligung: 2,4 % Die Beteiligungen haben sich im Berichtsjahr verändert.
--	---

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben		2003	2004
	Fahrgäste	1.944.000	1.999.000
	Wagen-km	351.641	353.970
	Streckenlänge km	16,5	16,5

Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	siehe Anlage 1: Lagebericht (Auszug aus dem Geschäftsbericht)
---	--

Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	<i>Auszug aus dem Prüfungsbericht 2004</i> ALLTREU <i>Revision & Treuhand GmbH</i>
---	--

	<i>Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerprüfungsgesellschaft Ludwigshafen:</i> siehe Anlage 2
--	--

Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO) (insgesamt alle Gesellschafter)	• Kapital in Höhe von 1.660.719,75 € wurde zugeführt. • Kapital in Höhe von 1.660.719,75 € wurde entnommen zum Verlustausgleich
--	--

Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Kapitalzuführungen der letzten 3 Jahre durch Landkreis Bad Dürkheim: 2004: 175.250,00 € 2003: 154.375,00 € 2002: 157.875,00 € Verlustausgleiche der letzten 3 Jahre durch Landkreis Bad Dürkheim: 2004: 228.300,36 € 2003: 186.714,97 € 2002: 172.113,19 € Vom Unternehmen gezahlte Steuern an die Stadt: keine Vom Unternehmen gezahlte Konzessionsabgaben an die Stadt keine
---	---

laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Geschäftsführung keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB
---	---

TEIL III

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1: Hierzu sind unter dem Stichwort „Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks“ die notwendigen Angaben erfolgt Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2: Hierzu sind unter dem Stichwort „Auswirkungen auf die Haushaltswirtschaft“ die notwendigen Angaben erfolgt Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3: Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern.
--	---

Kennzahl	Berechnung	2004
1. Ertragslage		
a) Rentabilität		
• Eigenkapitalrentabilität	(Jahresergebnis x 100) : Eigenkapital	- 75,4 %
• [Gesamtkapitalrentabilität]	(Jahresergebnis + Fremdkapitalzinsen x 100) : Gesamtkapital	- 23,7 %
b) Umsatz pro Mitarbeiter	Umsatz : Anzahl der Mitarbeiter	58,6 T€
c) Cash-Flow	Jahresüberschuß/-fehlbetrag + Abschreibungen auf Anlagen + Pensionsrückstellungen	- 850,1 T€
1. Vermögensaufbau		
• Anlagenintensität	(Anlagevermögen x 100) : Gesamtvermögen	85,9 %
• Intensität des Umlaufvermögens	(Umlaufvermögen x 100) : Gesamtvermögen	13,9 %
2. Anlagenfinanzierung		
• Anlagendeckung I	(Eigenkapital x 100) : Anlagevermögen	19,3%
• Anlagendeckung II	([Eigenkapital+langfr. Fremdkapital] x 100) : Anlagevermögen	118,5 %
3. Kapitalausstattung		
• Eigenkapitalquote	(Eigenkapital x 100) : Gesamtkapital	16,5 %
• Fremdkapitalquote	(Fremdkapital x 100) : Gesamtkapital	83,5 %
4. Liquidität		
• Liquiditätsgrad I	Liquide Mittel ./ kurzfristiges Fremdkapital	328 9 €
• [Liquiditätsgrad III]	(Umlaufvermögen x 100) : mittel- und kurzfristiges Fremdkap.	51,6 %

Die Planungen der kommunalen Verkehrsunternehmen im Rhein-Neckar-Raum zur Bildung einer gemeinsamen Verkehrsgesellschaft wurden 2004 weiter konkretisiert und führten im Oktober zur Gründung der Rhein-Neckar-Verkehrsgesellschaft (RNV). Ziel ist es, den Geschäftsbetrieb 2005 auf die neue Gesellschaft zu übertragen und ab März 2005 sämtliche Verkehrsleistungen in der Region durch die RNV erbringen zu lassen.

Die positive Entwicklung der Fahrgastzahlen setzte sich im Geschäftsjahr 2004 fort. Mit rund 2,0 Mio. Fahrgästen wurde gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 2,8 % erzielt und die höchste Beförderungsleistung seit 31 Jahren erbracht.

Die Zuwächse gehen insbesondere auf einen Anstieg beim Absatz von Jahreskarten um 89,0 % sowie bei der "Karte ab 60" um 6,3 % zurück. Die Umkehr des langjährigen Trends zu einer immer geringeren Nutzung von Einzelfahrausweisen wurde bereits 2001 vollzogen und setzte sich auch in 2004 in Form einer weiteren Zunahme bei den Fahrgastzahlen in diesem Bereich um 3,2 % fort. Rückläufige Absatzzahlen wiesen hingegen insbesondere die Schüler Monatskarten mit - 40,7 % sowie das Ticket 24 / Ticket 24 plus mit - 17,5 % auf.

Die Einnahmen aus Beförderungsleistungen erhöhten sich um 0,4 % auf 2,182 Mio. Euro. Die Gesamterträge stiegen im Berichtsjahr trotz geringerer aktivierter Eigenleistungen um rund 83 Tsd. Euro auf 3,161 Mio. Euro.

Die gesamten betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um 418 Tsd. Euro auf 4,989 Mio. Euro an. Hierbei standen den Zunahmen beim Personalaufwand (+ 514 Tsd. Euro) und bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sowie bei den Abschreibungen auf Finanzanlagen (+ 25 Tsd. Euro), Kostenentlastungen beim Materialaufwand (- 62 Tsd. Euro) und bei den Abschreibungen (- 31 Tsd. Euro) sowie beim Zinsdienst in Höhe von - 28 Tsd. Euro entgegen.

Während die Aufwendungen für Material und Fremdleistungen auf Vorjahresniveau gehalten werden konnten, trug die Bildung einer Rückstellung für Altersteilzeit maßgeblich zu einer Verschlechterung des Unternehmensergebnisses gegenüber dem Wirtschaftsplan bei.

Zum 01.01.2004 und zum 01.05.2004 erfolgte eine tarifliche Erhöhung der Löhne und Gehälter um jeweils 1,0 %. Gegenüber dem Vorjahr war im Jahresdurchschnitt ein Mitarbeiter mehr im Unternehmen beschäftigt.

Das Geschäftsjahr 2004 schloss mit einem Jahresfehlbetrag von 1,826 Mio. Euro gegenüber 1,494 Mio. Euro im Vorjahr ab. Die Gesellschafter haben entsprechend ihrer Beteiligung am gezeichneten Kapital vierteljährliche Abschlagszahlungen zum teilweisen Ausgleich des Jahresfehlbetrages geleistet, wodurch sich zum 31.12.2004 ein Bilanzverlust in Höhe von rund 424 Tsd. Euro ergab.

Im Berichtsjahr wurden inklusive Umbuchungen aus Anlagen im Bau 127 Tsd. Euro in Sachanlagen investiert. Hierbei schlug die Ertüchtigung von Gleisen mit 76 Tsd. Euro und in den Einbau von Lichtschranken in die Bahnen mit 17 Tsd. Euro zu Buche. In die Anschaffung eines Einachsenschleppers wurden ca. 10 Tsd. Euro investiert. Für die Investitionen wurden durch das Land Rheinland-Pfalz keine öffentlichen Fördermittel gewährt.

Der Investitionsplan 2005 weist insgesamt 595 Tsd. Euro aus. Wesentliche Vorhaben sind hierbei der Bau eines Unterwerkes in Bad Dürkheim mit 250 Tsd. Euro und die Erneuerung von zwei Gleisabschnitten zwischen Oggersheim und Ruchheim sowie in Maxdorf-Süd mit jeweils 100 Tsd. Euro. Für die Erneuerung von Weichenzungen wurden 100 Tsd. Euro eingeplant.

Während der Bau des Unterwerkes durch das Land Rheinland-Pfalz gefördert wird, besteht auf Grund der finanziellen Situation des Landes für die Zukunft kaum Aussicht auf eine Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur oder des Fahrzeugbestandes. Vor diesem Hintergrund ist die Realisierung einiger der geplanten Projekte in Frage gestellt.

Gemäß dem Wirtschaftsplan 2005 wird bei Erträgen von 3,131 Mio. Euro und bei Aufwendungen von 4,428 Mio. Euro ein Jahresfehlbetrag von 1,297 Mio. Euro erwartet, zu dessen Deckung die Gesellschafter wiederum vierteljährliche Ausgleichszahlungen leisten. Das Geschäftsjahr 2005 wird nach Verrechnung der Entnahme aus der Kapitalrücklage mit dem geplanten Jahresfehlbetrag somit voraussichtlich mit einer ausgeglichenen Bilanz abschließen.

Entsprechend dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wurde von der Geschäftsleitung ein Risikomanagementsystem eingeführt, wonach der Fortbestand des Unternehmens gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkannt, bewertet und mit geeigneten Maßnahmen abgewendet werden sollen. Die fortgeführte Analyse der erkannten bestandsgefährdenden oder wesentlichen Risiken – beginnende Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), Rückzahlung eines Barwertvorteils aus einem US-Leasinggeschäft und voller oder teilweiser Untergang von rollendem Material und von Betriebsanlagen – lassen in den nächsten 12 Monaten, wie bisher, keine entscheidenden Beeinträchtigungen für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft erwarten. Über die genannten Risiken hinaus sind, nach Auffassung der Geschäftsführung, derzeit für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft keine weiteren, nennenswerten Risiken erkennbar.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung

8. Die Geschäftsführer haben im Lagebericht (Anlage 4) und im Jahresabschluss (Anlagen 1 bis 3) die **wirtschaftliche Lage des Unternehmens** beurteilt.
9. Gemäß § 321 Abs. 1 Satz 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den anschließenden Ausführungen vorweg zur Lagebeurteilung durch die Geschäftsführer im Jahresabschluss und im Lagebericht Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestands und der zukünftigen Entwicklung des Unternehmens unter Berücksichtigung des Lageberichts ein. Unsere Stellungnahme geben wir aufgrund unserer **eigenen Beurteilung der Lage des Unternehmens** ab, die wir im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnen haben.
10. Folgende Aspekte der Lagebeurteilung sind hervorzuheben:
 - Positive Entwicklung der Fahrgastzahlen in 2004 und höchste Beförderungsleistung seit 31 Jahren
 - Erhöhung der Einnahmen aus Beförderungsleistungen um rd. 0,4% bzw. 10 T€ auf 2,18 Mio. € bei Anstieg der betrieblichen Aufwendungen um T€ 417 auf 4,99 Mio. €
 - Abschluss des Geschäftsjahres 2004 mit Jahresfehlbetrag von 1,83 Mio. € gegenüber Jahresfehlbetrag von 1,49 Mio. € im Geschäftsjahr 2003
 - Teilweiser Ausgleich des Jahresfehlbetrags durch Abschlagszahlungen der Gesellschafter
 - Keine Erwartung von bestandsgefährdenden Risiken aus
 - Liberalisierung im öffentlichen Personennahverkehr
 - Rückzahlung eines Barwertvorteils aus einem US-Leasinggeschäfts
 - vollem oder teilweisen Untergang von rollendem Material und von Betriebsanlagen
 - sonstigen wesentlichen bzw. nennenswerten Risikofaktoren
 - Übertrag des Geschäftsbetriebs in 2005 auf die in 2004 gegründete Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (RNV)
11. Die Geschäftsführung weist in der Lageberichtserstattung nach unserer Auffassung zutreffend auf die positive Entwicklung bei der Entwicklung der Fahrgastzahlen und der erreichten Beförderungsleistung im Jahr 2004 hin. Hierdurch konnten im Vorjahresvergleich zwar auch höhere Einnahmen erreicht werden, diese reichten jedoch nicht aus, die gegenüber dem Vorjahr ebenfalls gestiegenen betrieblichen Aufwendungen zu kompensieren.

12. Das Gros der gestiegenen betrieblichen Aufwendungen hat, wie die Geschäftsführung richtig ausführt, seine Ursache im Wesentlichen in den gestiegenen Personalaufwendungen, die insbesondere auf die Zuführung zu den Rückstellungen aus Altersteilzeitverpflichtungen zurückzuführen sind. Es handelt sich um Sondereffekte, die in den Planzahlen nicht berücksichtigt waren.
13. Insgesamt wurde das Ergebnis von T€ – 1.826 um T€ 424 stärker belastet, als dies im Wirtschaftsplan für das abgelaufene Geschäftsjahr erwartet wurde. Insoweit zeigt, wie im Lagebericht zutreffend erwähnt, der im Jahresabschluss ausgewiesene Bilanzverlust die Restverpflichtung der Gesellschafter aus dem im Gesellschaftsvertrag geregelten Verlustausgleichsanspruch der Gesellschaft gegenüber den Gesellschaftern.
14. Zu den erwarteten Risiken der künftigen Entwicklung der Gesellschaft und zu den bestandsgefährdenden Risiken hat die Geschäftsführung im Lagebericht angemessene Erklärungen abgegeben. Ohne diese Ausführungen einzuschränken sind diese nach unserer Auffassung um folgende Aussage zu ergänzen: Das operative Geschäft der Gesellschaft ist aufgrund von grundsätzlich schwer beeinflussbaren Faktoren planmäßig defizitär. Aufgrund der im Gesellschaftsvertrag geregelten Verlustausgleichsverpflichtung durch die Gesellschafter, die alle als solvent einzustufen sind, kann eine Bestandsgefährdung grundsätzlich ausgeschlossen werden.
15. In Bezug auf die künftige Entwicklung der Gesellschaft im Rahmen der Allianzbildung in der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH muss nach unserer Auffassung abgewartet werden, inwieweit hierdurch Synergieeffekte o.ä. tatsächlich Kosteneinsparungen bringen bzw. ggf. Mehrerlöse generiert werden können und welchen Einfluss die Verlagerung des Geschäftsbetriebs auf die Lage der Gesellschaft haben wird. Aufgrund der in Textziffer 14 genannten Gründe lässt sich jedoch in diesem Zusammenhang zur Zeit keine Bestandsgefährdung ableiten.
16. Die oben angeführten Hervorhebungen werden unten in Abschnitt D. III. durch analysierende Darstellungen wesentlicher Aspekte der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergänzt.
17. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Beurteilung der Lage der Gesellschaft einschließlich der dargestellten Risiken der künftigen Entwicklung plausibel und folgerichtig abgeleitet. Die Lagebeurteilung durch die Geschäftsführung ist dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend. Unsere Prüfung hat keine Anhaltspunkte dafür ergeben, dass der Fortbestand des Unternehmens gefährdet wäre.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

18. **Gegenstand unserer Prüfung** waren die Buchführung, der **Jahresabschluss** zum 31. Dezember 2004 (Anlagen 1 bis 3) und der **Lagebericht** für das Geschäftsjahr 2004 (Anlage 4) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Den Lagebericht haben wir auch daraufhin geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt; dabei haben wir auch geprüft, ob die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

19. Durch den Aufsichtsrat wurde der Gegenstand der Prüfung um die Prüfung nach § 53 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 HGrG **erweitert**.

Über die vorgenannte Prüfung wird in Abschnitt E. jeweils gesondert berichtet. Der Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720) ist als Anlage 8 diesem Bericht beigelegt.

20. Eine Überprüfung von Art und Angemessenheit des Versicherungsschutzes, insbesondere ob alle Wagnisse berücksichtigt und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand unseres Prüfungsauftrags.
21. Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht sowie die uns gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.
22. Die **Prüfungsarbeiten** haben wir - mit Unterbrechungen - in der Zeit vom 15. März bis zum 3. Mai 2005 in den Geschäftsräumen der Technischen Werke Ludwigshafen am Rhein AG in Ludwigshafen und in unserer Kanzlei in Ludwigshafen durchgeführt. Anschließend erfolgte die Fertigstellung des Prüfungsberichts.

Zur Vorbereitung der Abschlussprüfung haben wir im November 2004 eine **Vorprüfung** in den Räumen der Technischen Werke Ludwigshafen am Rhein AG in Ludwigshafen vorgenommen, in deren Verlauf schwerpunktmäßig das interne Kontrollsystem (IKS) geprüft und eine Saldenbestätigungsaktion durchgeführt wurde. Ein gesonderter Teilprüfungsbericht wurde nicht erstellt.

23. Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von WIBERA Wirtschaftsberatung Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Mainz geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 6. Mai 2004 versehene **Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2003**; er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 8. Juli 2004 unverändert festgestellt.

Der uns zur Prüfung übergebene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 wurde von der Mehrheitsgesellschafterin und Konzernmutter, der Technischen Werke Ludwigshafen am Rhein AG, Ludwigshafen, erstellt.

24. Als **Prüfungsunterlagen** dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.
25. Alle von uns erbetenen **Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise** sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeitern bereitwillig erbracht worden.
26. Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufüblichen **Vollständigkeits-erklärung** schriftlich bestätigt, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und uns alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahrs haben sich nach dieser Erklärung nicht ergeben und sind uns bei unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

27. Bei **Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung** haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert - jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung - so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Art, Umfang und Ergebnis der im Einzelnen durchgeführten Prüfungshandlungen sind in unseren **Arbeitspapieren** festgehalten.

28. Der Prüfung lag eine **Planung** der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems (IKS) zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus Gesprächen mit der Geschäftsführung und Mitarbeitern der Gesellschaft sowie aus Branchenberichten und der einschlägigen Fachpresse bekannt.

29. Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende **Prüfungsschwerpunkte**:
- Entwicklung des Anlagevermögens.
 - Entwicklung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen.
 - Periodenfremde Ergebnisbestandteile und deren Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung.
 - Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen, insbesondere für die Bildung von Altersteilzeitrückstellungen.
 - weitere Einzelsachverhalte mit wesentlichen Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.
30. Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren **Prüfungshandlungen** die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in ausgewählten Stichproben durchgeführt. Die Stichproben wurden so ausgewählt, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung tragen und es ermöglichen, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.
31. Zur **Prüfung des Nachweises** der Vermögens- und Schuldposten der Gesellschaft haben wir u. a. Grundbuchauszüge eingesehen und Saldenbestätigungen für Forderungen und Verbindlichkeiten eingeholt.

An der Inventur der Vorräte zum 31.12.2004 haben wir nicht teilgenommen. Die Vorräte sind als unwesentlich zur Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anzusehen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

89. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2004 (**Anlagen 1 bis 3**) und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2004 (**Anlage 4**) der Rhein-Haardtbahn GmbH, Bad Dürkheim, unter dem Datum vom 4. Mai 2005 den folgenden **uneingeschränkten Bestätigungsvermerk** erteilt, der hier wiedergegeben wird:

„Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Rhein-Haardtbahn GmbH, Bad Dürkheim für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis zum 31. Dezember 2004 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

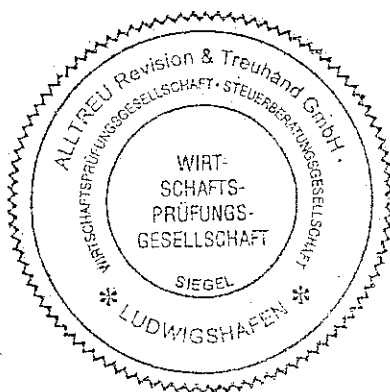
90. Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).
91. Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form bedarf (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

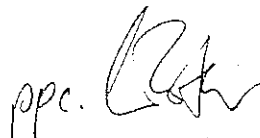
Ludwigshafen, den 9. Mai 2005

ALLTREU • Revision & Treuhand GmbH •

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft • Steuerberatungsgesellschaft


Jörg Bauer
Wirtschaftsprüfer




ppa. Ulrich Roth
Wirtschaftsprüfer

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Geschäftsjahr 2004

Teil 1

für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Rechtsform	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gegründet am	21.12.1972
Der derzeitige Gesellschaftsvertrag datiert vom	12.06.2001
Wirtschaftsjahr ist	das Kalenderjahr
Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres	5.010.660,44 €
Veränderungen im Berichtsjahr	keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Der Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung des Kur- und Fremdenverkehrs einschließlich der Errichtung des Betriebes, der Sicherung und der Weiterentwicklung der hierfür notwendigen Einrichtungen.

Teil 2

nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: Landkreis Bad Dürkheim 1.227.100,51 EUR 24,49% Stadt Bad Dürkheim 1.227.100,51 EUR 24,49% Land Rheinland-Pfalz 2.556.459,42 EUR 51,02%
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO) im Berichtsjahr 2003	Aufsichtsrat: Staatssekretär Herbert Laubach, Vorsitzender Ministerialdirigent Walter Strutz stellv. Vorsitzender, bis 30. September 2004 Ministerialrätin Beatrice Lerch stellv. Vorsitzende, ab 01. Oktober 2004 Ministerialdirigent Rudolf Oster Wolfgang Lutz, Bürgermeister

Sabine Röhl, Landrätin

Gesellschafterversammlung:

Für das Land Rheinland-Pfalz:

Michael Braum -MdF-

Für die Stadt Bad Dürkheim:

Peter Gauweiler, Amtsleiter

Für den Landkreis Bad Dürkheim:

Thomas Wansch, Oberamtsrat, bis 31.03.04

Elke Thomas, Amtsrätin, ab 01.04.04

Geschäftsführerin:

Michaela Andres

*Beteiligungen des Unternehmens (§ 90
Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)*

Die Staatsbad GmbH ist an der Allgemeinen
Kurmittelzentrum Betriebsgesellschaft mbH
in Höhe von 12.935,68 EUR oder 50,6% des
Stammkapitals beteiligt.

*Stand der Erfüllung des öffentlichen
Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO)
sowie künftige Aufgaben*

siehe Anlage: Lagebericht

*Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90
Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)*

siehe Anlage: Lagebericht

*Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2
Satz 3 Nr. 3 GemO)*

siehe Anlage: Lagebericht

*Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90
Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)*

erfolgten im Berichtsjahr 2004 nicht

*Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft
der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3
GemO)*

keine

*Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2
Satz 3 Nr. 3 GemO)*

Keine Angaben gemäß § 286 Abs. 4 HGB

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1 siehe Lagebericht
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2 Eine Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Landkreises durch das Unternehmen ist derzeit nicht abzusehen
	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3 Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht**1. Rentabilität**

Eigenkapitalrentabilität	-11,8%
Cash-Flow	-863.167,98 €

2. Vermögensaufbau

Anlagenintensität	82,9%
Intensität Umlaufvermögen	0,2%

3. Anlagenfinanzierung

Anlagendeckung I	118,83%
Anlagendeckung II	118,83%

4. Kapitalausstattung

Eigenkapitalquote	98,5%
Fremdkapitalquote	1,5%

5. Liquidität

Liquiditätsgrad I	1.789.764,74 €
Liquiditätsgrad III	2158,36%

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2004

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes in 2004

A) Allgemeine Rahmenbedingungen

Die einschneidenden Veränderungen im Gesundheitswesen mit Beginn des Geschäftsjahres haben sich auch bei der Gesellschaft negativ spürbar gemacht. Die Einführung der Verordnungsgebühr, geringere Verordnungen durch die Ärzte sind nur einige Beispiele die diesem Rechnung tragen. Demzufolge wurde im Geschäftsjahr versucht durch Ausweitung des Angebotes und verstärkte Sonderaktionen gezielter den Privatkunden zu erreichen. Im Medical-Wellnesbereich erfolgte die Einführung der Anwendungen Lomi Lomi Nui und Akupunktmassage nach Penzel. Bei den klassischen Kurmitteln konnte durch das günstigere Nachfrageverhalten der Selbstzahler eine geringe Steigerung erzielt werden. Negative Umsatzentwicklungen im klassischen Wellnessbereich führten zu stärkeren Umsatzrückgängen.

Im Geschäftsjahr hat sich die Ergebnissituation verschlechtert. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.449 T€ zeigt eine Erhöhung in Höhe von 55 T€ zum Vorjahr. Dies ist weitgehend auf die gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen als auch auf den Rückgang der Zinserträge (Verringerung der Festgeldanlagen) zurückzuführen.

Auch im kommenden Geschäftsjahr wird die Gesellschaft die Sparte Medical-Wellness durch eine neue Anwendungsform erweitern. Bei den neuen Angebot handelt es sich um die CranioSacrale-Therapie. Auch im klassischen Wellnessbereich wird die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH durch neue Anwendungen versuchen dem Umsatzrückgang entgegenzuwirken.

B) Betriebe und Anlagen der Gesellschaft

Kurzentrum Bad Dürkheim

- Thermalhallenbad
- Kurmittelabteilung
- türkisches Bad Hamam (Schließung per 04.03.2004)
- Medical-Wellness
- Trinkkurenausschank

Vitalis-Wellnesszentrum

- Thermalhallenbad
- Massageabteilung
- Saunalandschaft mit Biosauna, Dampfsauna und finnischer Sauna
- Kräuterstadel mit Rasul, Kaiser- und Heubad

Brunnenhalle mit

- Kneippanlage

C) Finanz- und Vermögenslage der Gesellschaft

Im Zuge der Abschreibungen und Abgängen hat sich das Anlagevermögen der Gesellschaft im Berichtsjahr um T€ 595 vermindert; das Umlaufvermögen hat sich um T€ 984 verringert.

Bei den Sachanlagen einschließlich immaterieller Vermögensgegenstände stehen den Zugängen in Höhe von T€ 39 planmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 586 gegenüber.

Der Kassenbestand und das Guthaben bei Kreditinstituten hat sich um T€ 854 vermindert. Hierbei ist ersichtlich, dass die Gesellschaft zur Vermeidung von Liquiditätsengpässen vermehrt Festgeld- und Tagesgeldkonten angreifen musste.

Der Rückgang der sonstigen Rückstellungen um T€ 7 ist vorwiegend bedingt durch die Verringerung der Rückstellung für Urlaubsansprüche.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr verringert. Dies resultiert aus der Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber dem Reinigungsunternehmen Zehnacker. Weiterhin wurde im Vorjahr die Jahresrechnung für die Pflege des oberen Kurgartens zum 31.12.2003 in Höhe von T€ 58 noch nicht bezahlt. Im Jahr 2004 erfolgte die Begleichung der Rechnung vor dem Bilanzstichtag.

Demzufolge hat sich die Kapitalstruktur verbessert.

Die Eigenkapitalquote zum 31.12.2004 betrug 98,5 % (Vorjahr 97,5%)

Die immateriellen Vermögensgegenstände und das Sachanlagevermögen inklusive Finanzanlagen waren zum Bilanzstichtag mit langfristigem Kapital

finanziert.

D) Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2004 ergab sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von € 1.449.345,63.

Das Ergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 55 verschlechtert.

Bei der Betrachtung des Betriebsergebnis zeigt sich gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung in Höhe von T€ 12 auf -T€ 1.528.

Bei den Umsatzerlösen verzeichnet die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH einen Rückgang in Höhe von T€ 110. Dies ist vorwiegend auf die Schließung des türkischen Bades ab dem 04. März 2004 zurückzuführen. Daraus resultiert ein Umsatzrückgang in Höhe von T€ 109. Auch im Bereich der Rasul-, Kaiser- u. Kräuterbäder (- T€ 22) als auch bei den Lymphdrainagen (-T€ 12) sind Rückgänge zu notieren.

Umsatzsteigerungen sind bei den Massagen (+ T€ 20), im Thermalbad (+T€ 8), und bei den Wärmelieferungen (+ T€ 7) festzustellen.

Bei den Materialaufwendungen ergeben sich Einsparungen in Höhe von T€ 88 gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden T€ 933 aufgebracht. Dabei ist ersichtlich, dass bei den Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffen Rückgänge um T€ 68 zu verzeichnen sind. Im einzelnen ist dies auf die deutlich gesunkenen Energiekosten zurückzuführen. Die darin enthaltenen rückläufigen Erdgaskosten stehen in Zusammenhang mit der Schließung des türkischen Bades.

Auch bei den bezogenen Leistungen sind Rückgänge in Höhe von T€ 20 festzustellen. Dabei sind insbesondere die Aufwendungen bei der Gebäudereinigung (-T€ 28) gesunken. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen T€ 789. Unterhaltungskosten des Sachanlagevermögens sind hierin mit T€ 140 enthalten.

E) Investitionen im Jahre 2004

Die wichtigsten Zugänge im Jahr 2004 waren die Buchhaltungssoftware FibuNet (AK T€ 11), 2 Biomechanische Muskelstimulationsgeräte (AK T€ 9) und ein Schwimmbeckenreiniger (AK T€ 9). Insgesamt sind Investitionen in Höhe von T€ 39 im Berichtsjahr getätigt worden.

F) Sonstige Vorgänge von besonderer Bedeutung im Geschäftsjahr 2004

Das türkische Bad wurde aufgrund von Anschuldigungen der sexuellen Beleidigung (Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft) gegen die beiden Hamam-Masseure am 04. März 2004 geschlossen.

Die Trinkkur wird seit dem Jahr 2004 ganzjährig im Foyer des Kurzentrum verabreicht.

Im Frühjahr und Sommer wurden weitere Anwendungsformen eingeführt. Die Lomi Lomi Nui, eine hawaiianische Tempelmassage und die Akupunktmassage nach Penzel ergänzten im Bereich der Medical-Wellness-Anwendungen das Angebot.

Im Jahr 2005 werden noch die CranioSacrale-Therapie und neue Angebote im klassischen Wellnessbereich folgen.

II Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluß des Geschäftsjahres 2004

A) Prozesskostenrückstellung

Im Berichtsjahr wurde das Verfahren „Gradierbau“ abgeschlossen. Da jedoch aus dem Vergleich noch Aufwendungen zu erwarten sind, wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 1 gebildet.

B) Rückstellung für Rückerstattung Gutscheine Türkisches Bad

Das türkische Bad wurde per 04. März 2004 geschlossen. In diesem Zusammenhang erfolgte die Bildung einer Rückstellung in Höhe von T€ 8 für die aus dem Gutscheinverkauf noch zu erwartenden Erstattungen.

III Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Betriebes

A) Wirtschaftliche Bestandsgefährdungspotentiale

Seit dem 01.01.2002 erhält die Staatsbad Bad Dürkheim GmbH aufgrund der Änderung der Spielbankverordnung keine Spielbankabgabe. Diese Abgabe hatte

eine große Bedeutung für die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.

Die weiteren Änderungen im Gesundheitswesen zum 1. Januar 2004 (Rezeptgebühr) und die im Jahr 2005 nur marginal zu erwartenden Erhöhungen seitens der Kostenträger wird weitere negative Auswirkungen bei den konventionellen Kurmitteilmitteln mit sich bringen. Die Gesellschaft muss somit weiterhin bestrebt sein, weite

re Privatzahler in diesem Segment zu mobilisieren. Auch muss durch neue Anwendungsformen im Wellness-Medical Bereich und auch im klassischen Wellness-Bereich vermehrte Attraktivität für die Privatzahler geschaffen werden. Die Gesellschaft muss zudem versuchen durch vielfältige Werbemaßnahmen und Sonderaktionen den Privatgast anzusprechen.

B) Rechtliche Bestandsgefährdungspotentiale

Die Gesellschaft hat keine langfristigen Schulden. Das Anlagevermögen ist zu 118,8 % durch das Eigenkapital gedeckt.

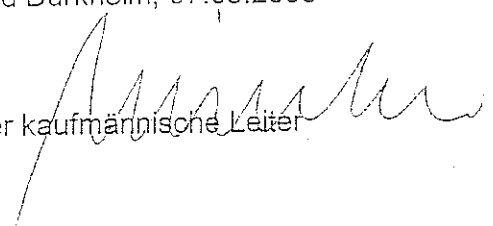
C) Sonstige Risiken mit besonderem Einfluß auf die Vermögens und Ertragslage

Die negative Ertragslage wird sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen. Somit ist absehbar, dass die Gesellschaft ihre Eigenmittel voraussichtlich im Jahr 2006 aufbrauchen wird. Jedoch hat das Ministerium der Finanzen mit Schreiben vom 15.01.2002 mitgeteilt, dass das Land Rheinland-Pfalz als Gesellschafter der Staatsbad Bad Dürkheim GmbH zur anteilmäßigen Entlastung der Mitgesellschafter bis einschließlich zum Jahre 2006 den gesamten von den Gesellschaftern auszugleichenden Finanzbedarf der GmbH nach Abzug der vorhanden eigenen Finanzmittel der Gesellschaft bis zu einem Höchstbetrag von 11.080.000,00 Euro übernimmt.

Die Problematik wird durch weitere unbeeinflussbare gesetzliche Vorschriften als auch durch die nur geringen Erhöhungen seitens der Krankenkassen bestehen bleiben.

Die Gesellschaft wird weiterhin Therapien und Anwendungsformen anbieten, die ihre besondere Attraktivität im Medical-Wellness-Bereich untermauern. Auch Sonderaktionen, Werbemaßnahmen und neue Angebote im klassischen Wellnessbereich sollen den Privatgast vermehrt ansprechen.

Bad Dürkheim, 07.03.2005


Der kaufmännische Leiter

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO
Geschäftsjahr 2004

Teil 1
für alle Unternehmen und Einrichtungen

<i>Name des Unternehmens</i>	Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH
------------------------------	--

<i>Rechtsform</i>	privatrechtlich: Gesellschaft mit beschränkter Haftung
-------------------	---

<i>Gegründet am</i>	04.11.1991
<i>Der Gesellschaftsvertrag datiert vom</i>	26.02.1992 zuletzt geändert am 10.03.2000

<i>Wirtschaftsjahr ist</i>	das Kalenderjahr
<i>Stammkapital am Ende des Wirtschaftsjahres</i>	25.564,60 €
<i>Veränderungen im Berichtsjahr</i>	keine

<i>Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</i>	Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, Betrieb und die Unterhaltung des Hauses Deutsche Weinstraße in Bockenheim, wobei die anfallenden Bauleistungen an Dritte vergeben werden. Des weiteren sollen dadurch die Weinwirtschaft, der Fremdenverkehr und die allgemeine wirtschaftliche Situation der Region gefördert werden.
--	---

Teil 2
nur für Unternehmen in privater Rechtsform

<i>Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</i>	Am Stammkapital des Unternehmens sind beteiligt: 1.) Landkreis Bad Dürkheim 6.391,15 EUR = 25% 2.) VG Grünstadt-Land 6.391,15 EUR = 25% 3.) Ortsgemeinde Bockenheim/Wstr. 6.391,15 EUR = 25% 4.) Bauern-u. Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd e.V. 6.391,15 EUR = 25%
---	--

<i>Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</i>	Gesellschaftsversammlung: Landkreis Bad Dürkheim Frau Röhl, Landrätin Verbandsgemeinde Grünstadt-Land Herr Ackermann, Bürgermeister Ortsgemeinde Bockenheim Herr Wagner, Ortsbgm. bis 05.09.2004 Herr Janson, Ortsbgm. ab 06.09.2004 Bauern- und Winzerverband Herr Schindler Geschäftsführer: Herr Reinhold Pfuhl
<i>Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)</i>	keine
<i>Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben</i>	siehe Anlage: Lagebericht
<i>Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	siehe Anlage: Lagebericht
<i>Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	Die Vermögenslage kann noch als zufriedenstellend bezeichnet werden, während die Finanzlage durch eine unzureichende Innenfinanzierung gekennzeichnet ist.
<i>Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO) im Berichtsjahr</i>	Kapital in Höhe von 78.227,64 EUR wurde zugeführt. Kapital in Höhe von 319.447,61 EUR wurde entnommen zum Verlustausgleich.
<i>Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	Kapitalzuführung durch den Landkreis Bad Dürkheim: 284.789,53 EUR Zinslose Darlehen durch den Landkreis Bad Dürkheim: 1999 = 38.346,89 EUR 2000 = 25.564,60 EUR

<i>Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)</i>	keine Angaben über Gesamtbezüge gem. § 286 Abs. 4 HGB
--	--

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

<i>Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen</i>	Zu § 85 Abs. 1 Nr. 1 Die Förderung der Weinwirtschaft, des Fremdenverkehrs und der allgemeinen wirtschaftlichen Situation der Region rechtfertigen weiterhin das Unternehmen Zu § 85 Abs. 1 Nr. 2 Hierzu sind unter dem Stichwort "Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft" Angaben erfolgt. Zu § 85 Abs. 1 Nr. 3 Im Berichtsjahr gab es keinen Anlass, die bisherige Bewertung zu ändern.
---	--

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht

1. Rentabilität	
<i>Eigenkapitalrentabilität</i>	-5747,8%
<i>Cash-Flow</i>	-64.245,01 €

2. Vermögensaufbau	
<i>Anlagenintensität</i>	98,8%
<i>Intensität Umlaufvermögen</i>	0,2%

3. Anlagenfinanzierung	
<i>Anlagendeckung I</i>	4,15%
<i>Anlagendeckung II</i>	16,98%

4. Kapitalausstattung	
<i>Eigenkapitalquote</i>	4,1%
<i>Fremdkapitalquote</i>	95,9%

5. Liquidität	
<i>Liquiditätsgrad I</i>	-252.967,01 €
<i>Liquiditätsgrad III</i>	1,52%

Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH

Lagebericht 2004

Die Betriebsgesellschaft wurde am 04.11.1991 durch notariellen Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern Landkreis Bad Dürkheim, Verbandsgemeinde Grünstadt-Land, Ortsgemeinde Bockenheim und Bauern- und Winzerverband Rheinland-Pfalz Süd errichtet und ist mit der Eintragung ins Handelsregister am 26.02.1992 entstanden.

Die Stammeinlagen beliefen sich auf jeweils DM 12.500,--, somit insgesamt DM 50.000,-- (= EUR 25.564,59) und wurden als Bareinlage vollständig erbracht.

Die wesentliche Tätigkeit im Geschäftsjahr 2004 erstreckte sich wie in den Vorjahren auf die Verpachtung des „Hauses der Deutschen Weinstraße“ in Bockenheim.

Die Kapitalstruktur zeigt, dass sich das Eigenkapital von 4,1 % auf 11,3 % des Gesamtkapitals erhöht hat. Dies ist auf die Umwandlung der Gesellschafterdarlehen der Verbandsgemeinde Grünstadt-Land und der Ortsgemeinde Bockenheim, die der Kapitalrücklage zugeführt wurden, zurück zu führen. Bei der Kreisverwaltung Bad Dürkheim steht die Umwandlung und Zuführung des Gesellschafterdarlehens noch aus.

Ohne die in 2004 vorgenommene Umwandlung der beiden Gesellschafterdarlehen in Eigenkapital könnte bereits die Gefahr einer Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne gegeben sein. Das Anlagevermögen ist zu 49,9 % durch langfristiges Kapital finanziert. Die betrieblichen Erträge der Gesellschaft reichten nicht zur Bewältigung der laufenden Ausgaben aus. Wie im Vorjahr führten insbesondere die notwendigen Abschreibungen und Zinsen zum vorliegenden Jahresverlust. Der Cashflow war negativ (EUR ./ 27.296,00).

Durch das Ausbleiben bzw. den unregelmäßigen Zahlungseingang der Pachteinahmen haben sich die Liquiditätsengpässe der Gesellschaft nicht geändert. Die Sicherstellung der Zahlungsbereitschaft erfolgte durch einen Kassenkredit der kontoführenden Bank sowie der Gesellschafter Landkreis Bad Dürkheim und Verbandsgemeinde Grünstadt-Land.

Im Zuge der Verkaufsabsicht wurde für das Haus der Deutschen Weinstraße ein Verkehrswertgutachten durch den Gutachterausschuss des Landkreises Bad Dürkheim erstellt. Das Gutachten schloss mit einem Verkehrswert von 460.000,00 €. Die außerordentliche Wertberichtigung erfolgte zum 31.12.2003. Im Ergebnis verminderten sich dadurch auch die Aufwendungen für Abschreibungen. Dies hatte einen positiven Einfluss auf die Geschäftsentwicklung.

Betriebsgesellschaft Haus der Deutschen Weinstraße Bockenheim mbH

-2-

Bis zum 30.06.2004 stand das Haus der Deutschen Weinstraße leer. Seit 01.07.2004 ist das Restaurant wieder verpachtet. Der Pachtvertrag war befristet auf ein Jahr und räumte dem Pächter eine Kaufoption ein.

Der Pächter befindet sich mit seinen laufenden Pachtzahlungen und den von ihm zu tragenden Nebenkosten in Rückstand. Als Hauptgrund für die Zahlungsrückstände werden die Vollsperrung der Ortsdurchfahrt Bockenheim und die damit verbundenen Einnahmeausfälle angegeben.

Aufgrund der gemeindlichen Ausbauarbeiten hat die Betriebsgesellschaft ab Juli 2005 einer Pachtreduzierung für die Dauer der Straßensperrung zugestimmt. Von der Verkaufsabsicht wurde zumindest vorläufig Abstand genommen. Der Pachtvertrag wurde um ein weiteres Jahr verlängert.

Bockenheim, den 15.08.2004

gez.

(Reinhold Pfuhl)
Geschäftsführer

Kreiskrankenhaus Grünstadt - Westring 55 - 67269 Grünstadt

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs.2 GemO i.V.m. § 57 LKO -2004-

Teil I

Name des Unternehmens	Kreiskrankenhaus Grünstadt
Rechtsform	öffentlich-rechtlich Einrichtung ohne eigene Rechtspersönlichkeit (Sondervermögen mit Sonderrechnung) nach dem Landeskrankenhausgesetz
Gegründet	1967
Satzung datiert vom	12.11.1980 bzw. 25.10.1989 bzw. 20.03.2002
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Stammkapital	0
Veränderungen im Berichtsjahr	0
Gegenstand des Unternehmens (§90 Abs.2 Satz 3 Nr.1 GemO)	Quantitativ und qualitativ bestmögliche Versorgung der Kranken im stationären, teilstationären und ambulanten Bereich unter Beachtung wirtschaftlicher Aspekte
Gegenstand des Unternehmens ist	eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs.3 GemO

Kreiskrankenhaus Grünstadt - Westring 55 - 67269 Grünstadt

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs.2 GemO i.V.m. § 57 LKO

Teil III

Vorliegen der Voraussetzung des § 85 Abs.1 GemO (§90 Abs.2 Satz 3 Nr.4 GemO) für das wirtschaftliche Unternehmen	entfällt, da gem. § 85 Abs.3 GemO eine nicht wirtschaftliche Betätigung vorliegt
--	--

Kennzahlen	Berechnung	Ergebnis
1. Ertragslage		
a) Rentabilität		
Eigenkapitalrentabilität	€ (555.272,02 x 100) : 11.962.503,93	4,64%
Gesamtkapitalrentabilität	€ (555.272,02 x 100) : 24.652.208,46	2,25%
b) Umsatz pro Mitarbeiter	€ 18.513.283,09 : 217,33	85.185,12 €
c) Cash-Flow	€ 555.272,02 + 386.168,78 + 26.366,27	967.807,07 €
2. Vermögensaufbau		
Anlagenintensität	€ (15.748.072,67 x 100) : 24.652.208,46	63,88%
Intensität d.Umlaufvermögens	€ (7.599.150,22 x 100) : 24.652.208,46	30,83%
3. Anlagenfinanzierung		

Anlagendeckung I	€ (11.330.000,11 x 100) : 15.748.072,67	71,95%
Anlagendeckung III	€ (11.330.000,11 + 632.503,82 x 100) : 15.748.072,67	75,96%

4. Kapitalausstattung

Eigenkapitalquote	€ (11.330.000,11 x 100) : 24.652.208,46	45,96%
Fremdkapitalquote	€ (3.006.901,18 x 100) : 24.652.208,46	12,20%

5. Liquidität

Liquiditätsgrad I	€ 3.865.883,54 - 1.432.357,42	2.433.526,12 €
Liquiditätsgrad III	€ 7.599.150,22 x 100 : 1.955.613,66	388,58%

I. LAGEBERICHT

1. Vorbemerkungen

Das Jahr 2004 war für das Kreiskrankenhaus Grünstadt wiederum ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr. In einem sehr schwierigen wirtschaftlichem Umfeld ist es gelungen, den Auftrag zur Versorgung der Bevölkerung im nördlichen Landkreis Bad Dürkheim und im Leiningerland mit qualitativ hochwertigen stationären und ambulanten Gesundheitsleistungen zu erfüllen und dabei ein positives Betriebsergebnis zu erzielen. Die Erreichung dieser Ziele ist letztendlich ein Erfolg der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Krankenhauses, die mit fachlicher und menschlicher Kompetenz direkt oder indirekt zur Versorgung und Behandlung der Patienten beigetragen haben. Dafür gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dank der Krankenhausleitung und des Krankenhausträgers.

Maßgeblich für den wirtschaftlichen Erfolg des Krankenhauses ist (Jahresüberschuss von € 553.246,72) neben der Ausgabendisziplin im Bereich der Personal- und Sachkosten der Zuspruch der Patienten. Zwar ist die Anzahl der stationär behandelten Patienten im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, demgegenüber steht jedoch ein sehr starker Anstieg der Leistungszahlen im Bereich Ambulantes Operieren/stationärsersetzende Eingriffe. Dies bedeutet, dass im Jahr 2004 insgesamt mehr Patienten im Kreiskrankenhaus Grünstadt behandelt wurde als im Vorjahr. Durch eine umsichtige Strategie in der Entgeltverhandlung wurden eine DRG-Leistungszahl mit den Krankenkassen vereinbart, die trotz der leichten Fallzahlreduzierung im stationären Bereich infolge des Drucks der Krankenkassen zur vermehrten ambulanten Leistungserbringung übertroffen werden konnte. Insgesamt entstanden dem Haus durch die Überschreitung der vereinbarten DRG-Fallzahl in geringem Umfang Mehrerlöse gegenüber dem mit den Kostenträgern vereinbarten Budget. Auf Grund der Tatsache, dass sich der Erlös eines DRG-Behandlungsfalles durch die Kodierung der behandelten Diagnosen und der erbrachten Prozeduren ergibt, hat sich der frühzeitige Umstieg auf das neue DRG-Fallpauschalenabrechnungssystem im Jahr 2003 auch im vergangenen Jahr positiv auf die Erlössituation des Krankenhauses ausgewirkt. Die im Jahr 2003 gesammelten Erfahrungen mit dem neuen Abrechnungssystem für stationäre Krankenhausleistungen haben dazu beigetragen, Einnahmeverluste durch unvollständige oder fehlerhafte Kodierung zu vermeiden.

Sehr positiv auf die Belegung der Fachabteilung Hals-Nasen-Ohren-Heilkunde hat sich die Tätigkeit der beiden neuen Belegärzte Dr. med. Cathrine Mattinger und Dr. med. Peter Mattinger ausgewirkt. Beide haben das Leistungsspektrum der Abteilung und die Anzahl der durchgeführten Eingriffe und Behandlungen stark ausgeweitet.

Ebenfalls positiv hat sich die Belegung der geriatrischen Tagesklinik entwickelt; die Auslastung der 12 Rehabilitationsplätze konnte um 8,56 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr gesteigert werden.

Um den baulichen und apparativen Zustand des Hauses zu sichern bzw. weiter zu verbessern wurden auch im Jahr 2004 wieder diverse medizinischen Geräte beschafft und Instandhaltungsmaßnahmen durchführt. Exemplarisch seien hier der Kauf eines Dampfsterilisators, eines Videogastroskops, eines Operationsmikroskops für die HNO-Abteilung, eines C-Bogens und eines Anästhesiegerätes genannt.

Zusammen mit den in den Bereichen der Stationen 5 und 6, der Röntgenabteilung, das Untersuchungszimmer des Betriebsarztes das Babyzimmer der Station 3 sowie in der Cafeteria durchgeführten Instandhaltungsmaßnahmen wurden insgesamt 1.049.706,15 € investiert.

Die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Krankenhauses wird maßgeblich von drei Faktoren bestimmt werden:

- Der Sicherung der Patientenzahlen im stationären Bereich,
- den gesetzlichen Regelungen zur Vergütung der stationären Krankenhausbehandlung und
- der Kostenentwicklung insbesondere im Personalbereich.

Durch die in den vergangenen Jahren zwischen den Krankenhäusern entstandene Konkurrenzsituation und den vermehrten Druck der gesetzlichen Krankenkassen zur ambulanten Behandlung ist es für das Krankenhaus von größter Bedeutung, die stationären Patientenzahlen konstant zu halten, denn sie bestimmen zu mehr als 95 % die Einnahmen des Krankenhauses.

Um die Attraktivität des Krankenhauses für die Patienten und die Bevölkerung zu erhalten, gilt es zukünftig das Leistungsspektrum des Krankenhauses und seiner Fachabteilungen sinnvoll zu ergänzen. Da eine Hinzunahme weiterer stationärer Fachabteilungen in der vom Land Rheinland-Pfalz durchgeführten Krankenhausplanung nur sehr eingeschränkt möglich ist, kommt der engeren Vernetzung und Kooperation mit den Leistungserbringern im niedergelassenen Bereich eine große Bedeutung zu. Auf dem Weg zum Ausbau des Krankenhauses zu einem Gesundheitszentrum konnten dabei bereits wichtige Schritte erreicht werden. Neben der Einrichtung der seit 2004 von Herrn Dr. Reinhold Dahm betriebenen radiologischen Praxis konnte das Krankenhaus im Oktober 2004 mit den niedergelassenen Ärzten der Ärztegemeinschaft Leinigerland e. V. (AGIL) und der AOK - Die Gesundheitskasse in Rheinland-Pfalz ein Vertrag zur hausarztorientierten integrierten Versorgung multimorbider Menschen abgeschlossen werden. Ziel dieser integrierten Versorgung nach § 140 a ff. SGB V ist die Verbesserung der Versorgung mit mehreren Erkrankungen belasteter älterer Patienten nach deren stationärem Krankenhausaufenthalt, durch eine verbesserte Kommunikation an der Schnittstelle zwischen Krankenhaus und weiterbetreuendem niedergelassenem Arzt und durch Hausbesuche einer entsprechend qualifizierten Krankenschwester des Krankenhauses. Dieser eingeschlagene Weg soll konsequent fortgesetzt werden, in dem eine Zusammenarbeit mit weiteren niedergelassenen Ärzten angestrebt wird, bis hin zu Ansiedelung weiterer niedergelassener Praxen am Krankenhaus (z. B. in den Räumen der ehemaligen Station 2).

Ein wichtiger Punkt zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit sind auch die weiteren Investitionen in die Infrastruktur des Krankenhauses. Hier steht in den Jahren 2005 bis 2008 der Neubau des Operationstraktes sowie der Umbau und die Erweiterung der Intensivstation im Vordergrund. Darüber hinaus ist die Renovierung des zweiten Kreißsaals, die Neugestaltung der Eingangshalle mit einer zentralen Auskunftsstelle und die Erweiterung der Notfallambulanz geplant.

Neben einem attraktiven Leistungsspektrum und einer guten Infrastruktur wird die Akzeptanz des Krankenhauses durch die Qualität der Leistungserbringung bestimmt.

Um den Patienten in Zeiten knapper wirtschaftlicher Ressourcen weiterhin medizinischen Leistungen auf hohem Qualitätsniveau bieten zu können, wird das Krankenhaus im Rahmen des Qualitätsmanagements die Behandlungsabläufe kontinuierlich überprüfen und weiterentwickeln. Zur Dokumentation und Beurteilung der vom Krankenhaus bisher erreichten Maßnahmen ist im Oktober 2005 die Zertifizierung des Krankenhauses nach dem Verfahren der Kooperation für Transparenz und Qualität im Gesundheitswesen (KTQ) geplant.

Neben der Anzahl der stationären Patienten werden die für diese Patienten erzielbaren Erlöse und die aus der Behandlung dieser Patienten resultierenden Kosten ausschlaggebend für die zukünftige wirtschaftliche Situation des Krankenhauses werden.

Durch die Einführung des DRG-Fallpauschalenabrechnungssystems im stationären Bereich im Jahr 2003 werden die stationären Erlöse des Krankenhauses von der weiteren Entwicklung der Bewertungsrelationen des Fallpauschalenkataloges und des Landesbasisfallwertes beeinflusst. Die gesetzlichen Regelungen sehen vor, dass beginnend ab 2005 die krankenhausesindividuellen Basisfallwerte in der durch das 2. Fallpauschalenänderungsgesetz auf 5 Jahre verlängerten Konvergenzphase an den Landesbasisfallwert angeglichen werden, sodass ab 2009 alle Krankenhäuser in einem Bundesland für die gleiche Leistung die gleiche Vergütung erhalten. Im Jahr 2005 werden deshalb in einem ersten Schritt die Differenzen zwischen den krankenhausesindividuellen Basisfallwerten und dem Landesbasisfallwert um 15 %-Punkte, höchstens aber 1% des Krankenhausbudgets angepasst. Maßgeblich für die Höhe des Krankenhausbasisfallwertes ist die Summe der Bewertungsrelationen der stationären Behandlungsfälle des Krankenhauses. Dieser Wert ergibt sich aus der Eingruppierung der Krankenhausesfälle in den gesetzlich festgelegten Fallpauschalenkatalog und der in diesem Katalog für die entsprechende Leistung festgelegten Bewertungsrelation. Diese für jede einzelne Fallpauschale individuell festgelegte Bewertungsrelation soll den durchschnittlichen Aufwand einer in diese Fallpauschale einzugruppierende Krankenhausbehandlung widerspiegeln. Mit der Überarbeitung und Weiterentwicklung des Fallpauschalenkataloges in den Jahren 2004 und 2005 wurden nicht nur die DRG-Fallpauschalen angepasst und ergänzt, sondern auch die Bewertungsrelationen verändert. Diese Veränderungen haben insbesondere im Fallpauschalenkatalog des Jahres 2005 zu einer Höherbewertung von Leistungen der Schwerpunkt- und Maximalversorgung geführt, während die Leistungen aus dem Spektrum der Grundversorgung eher niedriger bewertet wurde. Dieser Effekt führt im Kreiskrankenhaus Grünstadt dazu, dass der durchschnittliche Schweregrad eines stationären Behandlungsfalles und damit auch die Summe der gesamten Bewertungsrelationen des Krankenhauses sinken wird und im Gegenzug der krankenhausesindividuelle Basisfallwert gegenüber den Vorjahren ansteigen wird. Nach den augenblicklich vorliegenden Informationen wird der krankenhausesindividuelle Basisfallwert für das Jahr 2005 damit sehr nahe bei dem Landesbasisfallwert liegen, sodass dadurch keine großen Veränderungen des Erlösvolumens zu erwarten sind. Sollten die Bewertungsrelationen des DRG-Fallpauschalenkataloges für die Leistungen der Grundversorgung in den kommenden Jahren jedoch nochmals deutlich abgesenkt werden, dann müsste das Krankenhaus zur Vermeidung einer Absenkung des Erlösbudgets entweder bei unverändertem Fallschweregrad mehr Patienten behandeln oder durch eine Veränderung des Leistungsspektrums hin zu aufwändigeren, besser bewerteten Leistungen den durchschnittlichen Fallschweregrad erhöhen.

Ein weiteres Ertragsrisiko für das Krankenhaus besteht im Bereich der Erlöse aus der Wahlleistung Unterkunft 1- und 2-Bett-Zimmer. Zwar konnte das Krankenhaus im Februar 2005 eine Vereinbarung mit dem Verband der Privaten Krankenversicherung (PKV) über die Höhe der Wahlleistungsentgelte für 1- und 2-Bett-Zimmer für das Jahr 2005 erzielen, aus den Publikationen des PKV ist jedoch zu entnehmen, dass der Verband eine weitere Reduzierung dieser Entgelte anstrebt. Inwieweit dieses Bestreben vor dem Hintergrund der aktuellen Rechtsprechung zu dieser Thematik durchgesetzt werden kann, ist jedoch fraglich.

Auch die Auswirkungen der Einführung des neuen Einheitlichen Bewertungsmaßstabes (EBM 2000 plus) zur Abrechnung ambulanter Leistungen gesetzlich versicherter Patienten auf die Erträge im Bereich der ambulanten Operationen und stationersetzenden Eingriffe lassen sich augenblicklich noch nicht abschätzen. Durch die Einführung von Leistungskomplexen, welche durch die Operationsziffer des Eingriffs bestimmt werden, wurde das Prinzip der Einzelleistungsvergütung teilweise abgelöst. Darüber hinaus konnte bei den Verhandlungen auf der Landesebene noch keine Einigung über einen endgültigen Punktwert für die ambulanten Operationen und stationersetzenden Eingriffe festgelegt werden.

Auf der Seite der Aufwendungen sind insbesondere die Auswirkungen der Neugestaltung des Tarifrechts im Rahmen des Tarifvertrages Öffentlicher Dienst (TVÖD) auf die Kostenentwicklung zu beachten. So erwartet das Krankenhaus durch die Einführung des TVÖD im Jahr 2005 und 2006 noch keine zusätzlichen Belastungen, weil der Umstieg vom BAT auf den TVÖD weitgehend kostenneutral vollzogen wird. Im Jahr 2007 wird sich dann aber die im Tarifvertrag vorgesehene Höhergruppierung der Mitarbeiter in die nächsthöhere Gehaltsentwicklungsgruppe kostensteigernd auswirken.

Zu beachten ist ferner, dass durch die Verschärfung der Umsatzsteuerrichtlinien und der daraus resultierenden Einschränkung der Steuerbefreiung bei eng verbundenen Umsätzen oder den medizinisch nicht notwendigen Leistungen die umsatzsteuerpflichtigen Leistungen des Krankenhauses die Kleinunternehmergrenze von 17.500 € p. a. übersteigen könnten und das Krankenhaus somit zukünftig teilweise der Umsatzsteuerpflicht unterläge.

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

2004

Teil 1

für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim
Rechtsform	öffentlich-rechtlich, Regiebetrieb
Gegründet am Die Satzung/Der Gesellschaftsvertrag datiert vom	1. Januar 1988 Fassung der letzten Änderung: 01.01.2001
Wirtschaftsjahr ist Stammkapital am Ende des Wirtschafts- jahres Veränderungen im Berichtsjahr	das Kalenderjahr 1 Mio Euro keine
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Durchführung der Verwertung und Entsor- gung der Abfälle im Landkreis Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nicht-wirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Im Berichtsjahr gab es keinen Anlaß, die bisherige Bewertung zu ändern

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht 2004			
1. Rentabilität		Jahresergebnis	660.123,15
Eigenkapitalrentabilität	24,53%	Eigenkapital	2.691.012,25
Cash-Flow	4.429.938,45	Abschreibungen	1.782.930,21
2. Vermögensaufbau		Anlagevermögen	1.646.797,69
Anlagenintensität	6,68%	Umlaufvermögen	23.003.475,39
Intensität Umlaufvermögen	93,32%	Gesamtvermögen	24.650.384,45
3. Anlagenfinanzierung			
Anlagendeckung I	163,41%		
Anlagendeckung II	163,41%	Fremdkapital langfristig aus Darlehen	0,00
4. Kapitalausstattung		Fremdkapital Rückstellung kurzfristig	19.551.164,50
Eigenkapitalquote	10,92%	Rückstellung langfristig	111.748,68
Fremdkapitalquote	89,08%	Verbindlichkeiten kurzfristig	2.296.459,02
		Gesamt:	21.959.372,20
5. Liquidität		kurzfristiges Fremdkapital	2.408.207,70
Liquiditätsgrad I		liquide Mittel	19.742.273,43
liquide Mittel	19.742.273,43		
kurzfr. Fremdkapital	2.408.207,70		

Cashflow	2003	2004
JahresgewinnVerlust	-955.062	660.123
+ Abschreibungen	1.854.688	1.782.930
+ Zuführung langfr. RST (Rekultivierung und Sanierung)	3.337.584	2.073.449
	4.237.210	4.516.502
- Abnahme langfr. RST (Rekultivierung und Sanierung)	-86.966	-86.564
	4.150.244	4.429.938

Anlage IV

Lagebericht

**zum Jahresabschluss
31. Dezember 2004**

**für die Abfallentsorgungseinrichtung
des Landkreises Bad Dürkheim**

Inhaltsverzeichnis

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes	Seite 2 - 3
II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres	Seite 4
III. Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Betriebes	Seite 5 - 6

I. Geschäftsverlauf und Lage des Betriebes:

Die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim wird als Regiebetrieb geführt und nach den Bestimmungen der Eigenbetriebs- und Anstaltsverordnung verwaltet. Grundlage dafür ist die Betriebssatzung vom 30.06.1998, zuletzt geändert am 11.12.2000.

Der Regiebetrieb steht seit 01.04.2000 unter verantwortlicher Leitung des ersten Kreisbeigeordneten, Herr Erhard Freunscht.

Zweck des Abfallwirtschaftsbetriebes ist es, die Vermeidung, Verwertung und sonstige Entsorgung der im Landkreis Bad Dürkheim anfallenden Abfälle sicherzustellen. Hierzu nimmt der Regiebetrieb alle Aufgaben wahr, die dem Landkreis Bad Dürkheim aufgrund der Abfallgesetze als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger obliegen, insbesondere die im Landkreis Bad Dürkheim angefallenen und ihm überlassenen Abfälle nach Maßgabe der Gesetze zu verwerten oder zu beseitigen. Hierzu gehören auch alle den Betriebszweck fördernden und ihn wirtschaftlich berührenden Hilfs- und Nebengeschäfte.

Der Entsorgungsbereich umfasst das gesamte Kreisgebiet mit 134.818 Einwohnern (Stand 01.01.2004).

Die Rechtsgrundlagen haben sich nicht wesentlich geändert.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres weist einen Jahresgewinn von 660.123,15 € aus. Im Vergleich zu den Planansätzen 2004 resultiert dieses Ergebnis aus einer Steigerung der Erlöse aus der Anlieferung von Abdeckmaterial auf der Kreismülldeponie an der B 37 des Landkreises Bad Dürkheim. Der Rückgang der Umsatzerlöse bei den Hausmüllgebühren von ca. 780.000 € gegenüber dem Planansatz wurde durch die Reduzierung des geplanten Entsorgungsaufwandes um ca. 1,4 Mio € überkompensiert.

Die Steigerung der Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr ist im wesentlichen auf den Anstieg der Annahme von Abdeckmaterial zurückzuführen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahresergebnis um T€ 1.136 gestiegen. Diese setzen sich im wesentlichen aus Erträgen von Mahngebühren und Säumniszuschlägen (138 T€) sowie der Auflösung der pauschalen Wertberichtigung der Forderungen (51 T€), einer erhöhten Erstattung der DSD AG (180 T€) sowie dem Erlös aus Grundstücksverkäufen (T€ 244) zusammen. Außerdem wurden hier die Erlöse aus Altpapierverwertung mit T€ 519 ausgewiesen, die im Vorjahr (T€ 506) als Aufwandsminderung bei den bezogenen Leistungen enthalten waren.

Die periodenfremde Aufwendungen und Erträge begünstigten das Jahresergebnis um 108.255 €.

Die Wirtschaftsgrundsätze gem. § 85 Abs. 2 GemO sind erfüllt.

Die Schwerpunkte der Investitionstätigkeit der Abfallwirtschaftseinrichtung lagen bei mehreren Baumaßnahmen auf der Kreismülldeponie an der B 37, insbesondere aus der Bohrung und dem Anschluss von 6 Gasbrunnen mit einem Gesamtvolumen von T€ 104.

Die Kapitalstruktur zeigt, dass sich das Eigenkapital von 9,4 % auf 10,9 % des Gesamtkapitals erhöht hat. Die Anlagendeckungsquote veränderten sich dabei von 61,5 % auf 163,4 %.

Die Selbstfinanzierung (Cashflow) des Betriebes mit 4.429.938 € wies gegenüber den Investitionen des Geschäftsjahres ohne Finanzanlagen eine Überdeckung von 4.302.543 € aus.

II. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der Hauptentsorgungsvertrag mit der Firma RPS Altvater GmbH & Co KG wurde seitens der Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim fristgemäß zum 31.12.2004 gekündigt. Das beauftragte Unternehmen hat in der Zeit von 01.01.1993 bis 31.12.2004 die Sammlung und Abfuhr von Restmüll, Biomüll, Sperrmüll und Problemabfällen durchgeführt.

Zum 01.01.2005 mussten diese Dienstleistungen im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung neu vergeben werden. Vor Erstellung des dafür notwendigen Leistungsverzeichnisses wurde die bisherige konzeptionelle Ausrichtung auf den Prüfstand gestellt und dort wo es notwendig erschien durch entsprechende Beschlüsse der zuständigen Kreisgremien angepasst.

Folgende Änderungen des Abfallwirtschaftskonzeptes wurden ab 01.01.2005 umgesetzt:

- Reduzierung des Mindestvolumens vom 20 l auf 12 l Restmüll pro Person und Woche
- Wahlmöglichkeit der Kunden hinsichtlich der Tonnengröße; insgesamt werden 7 Gefäßgrößen zur Verfügung gestellt
- Einführung eines Identifikationssystems für Rest- und Biomüllgefäße
- Behälterbezogene Gebührenstruktur
- Einführung einer Papiertonne zum 01.04.2005

Im Wirtschaftsplan 2005 wurde das Gebührenvolumen für Hausmüll und hausmüllähnlichen Gebührenabfall im Vergleich zu 2004 um 4,4 Mio € gesenkt. Diese Reduzierung wurde durch mehreren Faktoren ermöglicht. Im wesentlichen waren dies der neue Hauptentsorgungsvertrag der zu einer Entlastung auf der Aufwandseite führte (ca. 2 Mio €), geringere Abschreibungen für die Hausmülldeponie und die Eigentumsbehälter (ca. 1,2 Mio €), geringere Nachsorgerückstellungen (0,5 Mio €) und die Reduzierung der Verbandsumlage GML (0,3 Mio €).

Durch die Umsetzung der Abfallablagerungsverordnung zum 01.06.2005 dürfen unvorbehandelte Siedlungsabfälle nicht mehr deponiert werden. Der Hausmüll und die hausmüllähnlichen Gewerbeabfälle aus dem Landkreis Bad Dürkheim werden ab diesem Zeitpunkt ausschließlich über die Müllverbrennungsanlage der GML in Ludwigshafen entsorgt. Mineralische Abfälle werden zur Endprofilierung weiter auf der Kreismülldeponie an der B 37 angenommen.

Der Wertstoffhof Bad Dürkheim wurde zum 01.07.2005 auf das Betriebsgelände der Deponie nach Friedelsheim verlegt.

Derzeit zeichnet sich bedingt durch verstärkte Trennung der Abfallfraktionen ein Rückgang der Restmüllmenge von 10 % ab. Dies dürfte auf die neue Abfallwirtschaftskonzeption des Landkreises Bad Dürkheim zurückzuführen sein.

III. Voraussichtliche Entwicklung und Risiken des Betriebes:

Bedingt durch die im Rahmen der neuen Abfallwirtschaftskonzeption erfolgten Veränderungen sind die gesamten Planungen für das Wirtschaftsjahr 2005 und die hieraus resultierende Gebührenkalkulation mit verschiedenen Annahmen und Risiken bei der Kostenschätzung behaftet. Die Kalkulation der Gebühren 2005 war in großem Maße auf Schätzungen und Mutmaßungen begründet und durch viele Unwägbarkeiten geprägt.

Damit das Konzept bis Januar 2005 umgesetzt werden konnte, war es notwendig, die Bürger bereits Anfang des Jahres 2004 genauestens über die neuen Gegebenheiten und Möglichkeiten zu informieren, da sich die Grundstückseigentümer im 1. Halbjahr 2004 für die ab 2005 gewünschte Behälterkonstellation entscheiden sollten. Ein wichtiges Entscheidungskriterium war natürlich die zu erwartende Gebührenforderung.

Die Einführung des neuen Abfallwirtschaftskonzeptes ab 2005 und deren Vorbereitung in 2004 erforderte es daher, die Gebühren für die Haushalte und Gewerbetreibende bereits im 4. Quartal 2003 zu kalkulieren. Die Gebührensätze für das Wirtschaftsjahr 2005 wurden in der Kreistagssitzung vom 17.12.2003 beschlossen. Für die Kalkulation wurden im wesentlichen die für die Ausschreibung des Hauptentsorgungsvertrages geschätzten Mengen und Behälter sowie die Angebotspreise des günstigsten Anbieters und die hochgerechneten Kosten und Erträge zugrundegelegt.

Für die Abdeckung und Rekultivierung der ehemaligen Kreisbauschuttdeponie „Bruchhübel“ wurde im Jahresabschluss 2003 auf der Grundlage einer Variantenstudie des beauftragten Fachingenieurs erstmals eine Rückstellung in Höhe von 1,2 Mio. Euro gebildet. Dabei ging der Fachingenieur davon aus, dass die Profilierung und definierte Abdeckung der Deponie mit vorhandenem bindigem Bodenaushub ausreichend ist, zumal eine Grundwasserverunreinigung im Umfeld der Deponie bisher nicht zu beobachten ist.

Eine Alternative zur Oberflächenabdichtung der Deponie ist der geordnete Rückbau. Hierbei wird der abgelagerte Bauschutt aufbereitet, Fremd- und Störstoffe werden separiert und über zugelassene Beseitigungsanlagen entsorgt. Nach dem Rückbau wird dann nur noch unbelastetes Erdaushubmaterial sowie Vorsiebmaterial aus der Aufbereitung innerhalb der Grube als Verfüllmaterial eingelagert. Der Ausschuss für Abfallwirtschaft hat dem Rückbaukonzept zugestimmt. Im Rahmen der Verhandlungen mit dem Anlagenbetreiber über den geordneten Rückbau muss allerdings sichergestellt werden, dass der Gesamtaufwand für den Landkreis Bad Dürkheim den Betrag von maximal 1,2 Mio € nicht übersteigt.

Eine endgültige Abdichtung der Bauschuttdeponie nach den Vorschriften der TASI hätte nach Darstellung des Fachingenieurs dagegen Investitionen von ca. 5,0 Mio. Euro zur Folge.

Durch die Umsetzung der Abfallablagerungsverordnung zum 01.06.2005 sind die Entsorgungspreise der privaten Entsorger zum Teil massiv angestiegen. Wegen der beengten Verbrennungskapazitäten haben sich die Preise für Kontingente bei Betreibern von Verbrennungsanlagen stark erhöht, und werden von den Entsorgern an die Kunden weitergegeben. Dies könnte dazu führen, dass Gewerbetreibende aus

unserem Entsorgungsgebiet, die bisher ihre Abfälle privaten Entsorgern angedient haben, diese künftig verstärkt über die Abfallentsorgungseinrichtung des Landkreises Bad Dürkheim entsorgen und damit an unseren günstigen Entsorgungsgebühren partizipieren möchten. Eine evtl. Steigerung des Mengenzuflusses aus dem gewerblichen Bereich kann durch den Rückgang der Restmüllmengen aus Haushalten kompensiert werden. Die Entsorgungssicherheit im Landkreis Bad Dürkheim ist nach heutigen Erkenntnissen gewährleistet.

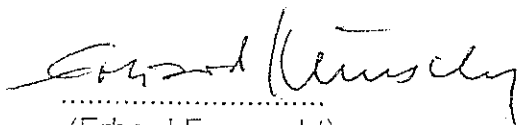
Im Rahmen der konzeptionellen Überlegungen zur künftigen Nutzung der Kreismülldeponie an der B 37 hat der Ausschuss für Abfallwirtschaft in seiner Sitzung vom 15.03.2005 die Errichtung einer Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 100 KW beschlossen.

Aufgrund der Erweiterung der aktiven Entgasungssysteme auf der Kreismülldeponie an der B 37 wird ein neuer Gasmotor zur Verstromung des Deponiegases benötigt.

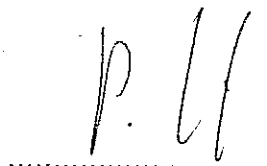
Über die gesamte Fläche des Erweiterungsbereiches (Restverfüllung) der Kreismülldeponie an der B 37 werden 6 Bewässerungsfelder gebaut. Diese Felder haben die Aufgabe, über die Zugabe von Wasser den optimalen Feuchtigkeitsgehalt für die Vergärungsprozesse im Müllkörper, auch nach Installation der temporären Oberflächenabdichtung, zu erhalten. Alternativ zum Wasser ist vorgesehen, anfallendes Sickerwasser für die Infiltration zu nutzen. Durch dieses Verfahren könnte die externe Entsorgung des Sickerwassers (3000 – 5000 cbm) entfallen, was zu deutlichen Kosteneinsparungen während der Nachsorgezeit führen würde. Da dieses Verfahren der Infiltration noch relativ neu ist, und somit von anderen Deponien noch wenig Erfahrungswerte vorliegen, ist eine Quantifizierung des Einsparpotentials noch nicht möglich.

Im Hinblick auf die künftige Entwicklung sind keine weiteren Risiken ersichtlich, die den Bestand der Einrichtung gefährden oder seine Entwicklung wesentlich beeinträchtigen könnten.

Bad Dürkheim, den 26.08.2005



(Erhard Freunscht)
Erster Beigeordneter



(Peter Kiefer)
Abteilungsleiter



(Klaus Pabst)
Referatsleiter



(Bernd Lache)
Stv. Referatsleiter

Beteiligungsbericht gem. § 90 Abs. 2 GemO

Geschäftsjahr 2004

Teil 1

für alle Unternehmen und Einrichtungen

Name des Unternehmens	Wohnungsbaugenossenschaft "Bauhilfe" e.G. Haßloch
Rechtsform	privatrechtlich: Genossenschaft
Gegründet am Die derzeitige Satzung datiert vom	24. Juni 1949 27. November 1992
Wirtschaftsjahr ist Geschäftsguthaben am Ende des Wirtschaftsjahres Veränderungen im Berichtsjahr	das Kalenderjahr 224.338,63 € Erhöhung um 4.648,52 €
Gegenstand des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Der Gegenstand des Unternehmens ist eine nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 85 Abs. 3 GemO Der Zweck der Genossenschaft ist vor- rangig eine gute, sichere und sozial ver- antwortbare Wohnungsversorgung (§ 2 Abs. 1 der Satzung)

Teil 2

nur für Unternehmen in privater Rechtsform

Beteiligungsverhältnisse (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Landkreis Bad Dürkheim 26.000,- Euro Gemeinde Haßloch 52.000,- Euro	11,59% 23,18%
Besetzung der Organe (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	Aufsichtsrat: Vollmer Irene (Vorsitzende) Janz Alois Steffen Peter Schmitt Hannelore Hartmann Ernst Müller Ilona Vorstand: Kühnert Helmut Beckmann Dieter Geibel Jürgen	
Beteiligungen des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 1 GemO)	keine	

Bauhilfe Haßloch

Stand der Erfüllung des öffentlichen Zwecks (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 2 GemO) sowie künftige Aufgaben	Der Wohnungsbestand betrug Ende 2004 158 Wohnungen, ein Büro, 16 Garagen und 58 Stellplätze
---	---

Grundzüge des Geschäftsverlaufs (§ 90 Abs. Satz 3 Nr. 3 GemO)	siehe Anlage: Lagebericht
---	------------------------------

Lage des Unternehmens (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	Die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft kann als gut bezeichnet werden. Die Liquidität war jederzeit gegeben.
---	---

Kapitalzuführungen/-entnahmen (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine
---	-------

Auswirkung auf die Haushaltswirtschaft der Gemeinde (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	2004 Ausschüttung einer Dividende von 1.040,00 €
---	--

Laufende Gesamtbezüge (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 GemO)	keine Angaben
---	---------------

Teil 3

für alle wirtschaftlichen Unternehmen des öffentlichen und privaten Rechts

Vorliegen der Voraussetzungen des § 85 Abs. 1 GemO (§ 90 Abs. 2 Satz 3 Nr. 4 GemO) für das wirtschaftl. Unternehmen	entfällt, da eine nichtwirtschaftliche Betätigung gemäß § 85 Abs. 3 GemO vorliegt
---	---

Bilanzkennzahlen zum Beteiligungsbericht

1. Rentabilität	
Eigenkapitalrentabilität	1,02%
Cash-Flow	151.149,21 €

2. Vermögensaufbau	
Anlagenintensität	98,27%
Intensität Umlaufvermögen	1,57%

3. Anlagenfinanzierung	
Anlagendeckung I	31,35%
Anlagendeckung II	88,54%

4. Kapitalausstattung	
Eigenkapitalquote	30,80%
Fremdkapitalquote	69,20%

5. Liquidität	
Liquiditätsgrad I	-289.812,98 €
Liquiditätsgrad III	12,45%

L A G E B E R I C H T

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2004 hat sich das deutsche Bruttoinlands - produkt im Vergleich zum Vorjahr um 1,5 % erhöht. Zu wenig um auf dem Arbeitsmarkt eine Entlastung zu spüren.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist immer noch nicht in Schwung gekommen.

Die Baunachfrage ist nach wie vor unbefriedigend. Der Neubau von Mehrfamilienhäusern ist im abgelaufenen Jahr um 1,4 % zurückgegangen.

Erfreulich ist, daß sich der Anstieg der Mietpreise in den letzten zwei Jahren abgeschwächt hat. Die Zunahme der Mieten in Höhe von 1 % fiel im Jahr 2004 deutlich geringer aus als die der allgemeinen Lebenshaltungskosten von 1,6 %.

Dagegen hat sich der Anstieg der Wohnnebenkosten um 2,2 % erhöht. Im wesentlichen in erster Linie durch den Zuwachs von Heizöl von fast 12 %.

An zweiter Stelle folgen die Strompreise mit 4 %. Ein Trend der sich seit 2003 fortsetzt.

Die Verwaltung der Genossenschaft hat im abgelaufenen Jahr die ihr nach Gesetz und Satzung obliegenden Arbeiten und Aufgaben ordnungsgemäß erledigt.

Der Jahresabschluß wurde im Mai erstellt.

Die Vermögenslage der Genossenschaft stellt sich nach Gegenüberstellung des Wirtschaftsjahres 2003 und 2004 wie folgt dar:

Vermögens- und Kapitalstruktur

<u>Vermögensstruktur</u>	31.12.2004 T€	%	31.12.2003 T€	%
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände	0,00	0,00	0,67	0,01
Sachanlagen	6.322,43	98,26	5.903,39	96,81
Finanzanlagen	0,75	0,01	0,75	0,01
Anlagevermögens insgesamt:	6.323,18	98,27	5.904,81	96,83
Umlaufvermögen	101,20	1,57	183,45	3,01
Abgrenzungsposten	9,96	0,16	9,81	0,16
Gesamtvermögen	6.434,34	100,00	6.098,07	100,00
Fremdmittel	4.452,26		4.132,61	
Reinvermögen am Jahresende	1.982,08		1.965,46	
Reinvermögen am Jahresanfang	1.965,46		1.950,75	
Vermögenszuwachs	16,62	0,84	14,71	0,75

Gemessen am Gesamtvermögen beträgt das Anlagevermögen mit T€ 6.323,18 rund 98,27%, das Umlaufvermögen mit T€ 101,20 rund 1,57%. Das Reinvermögen beträgt am 31. Dezember 2004 T€ 1.982,08.

Dieses hat sich im Vergleich zum Jahresanfang um T€ 16,62 = 0,84% vermehrt.

<u>Kapitalstruktur</u>	31.12.2004 T€	%	31.12.2003 T€	%
Geschäftsguthaben	224,34	3,49	219,69	3,60
Rücklagen	1.749,23	27,19	1.737,48	28,49
- gesetzliche	(207,23)	(3,22)	(204,78)	(3,36)
- Bauerneuerung	(668,00)	(10,38)	(666,00)	(10,92)
- freie	(874,00)	(13,59)	(866,70)	(14,21)
Bilanzgewinn	8,51	0,13	8,29	0,14
Eigenkapital	1.982,08	30,81	1.965,46	32,23
Rückstellungen	23,00	0,36	24,00	0,39
Dauerfinanzierungsmittel	4.333,02	67,34	4.001,15	65,62
Andere Verbindlichkeiten	96,24	1,49	105,37	1,73
Verbindlichkeiten	4.429,26	68,83	4.106,52	67,35
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	2,09	0,03
Gesamtkapital	6.434,34	100,00	6.098,07	100,00

Das Eigenkapital der Genossenschaft beläuft sich zum 31. Dezember 2004 auf T€ 1.982,08 und stellt einen Anteil von 30,81% am Gesamtkapital dar. Der Anteil der Dauerfinanzierungsmittel am Gesamtkapital beträgt T€ 4.333,02 = 67,34%.

Die Genossenschaft schließt das Geschäftsjahr 2004 mit einem Überschuß von € 20.263,61 ab.

Nach Zuweisung zu den Ergebnisrücklagen verbleibt ein Bilanzgewinn von € 8.517,21.

Die wirtschaftliche Lage der Genossenschaft kann als gut bezeichnet werden. Die Liquidität war jederzeit gegeben.

Für Instandhaltung unseres Wohnungsbestandes wurden 146.821,-- und für Modernisierung 15.000,-- Euro ausgegeben.

Die erhöhten Ausgaben für die Instandhaltung beeinflussen das Gesamtergebnis.

Im Mai des vergangenen Jahres wurde mit den Bauarbeiten im Mühlpfad 68 begonnen. Dort entstehen drei baugleiche Häuser mit je 6 Wohnungen. Die ersten Wohnungen konnten am 1. Februar 2005 bezogen werden.

Bis Ende 2006 wird die Baumaßnahme abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten werden sich auf rund 2.073.000,-- Euro belaufen. Die Baumaßnahme wurde notwendig da die vorhandenen drei Häuser mit insgesamt 12 Wohnungen nicht mehr den heutigen Voraussetzungen in Bausubstanz, Größe und Hygiene entsprechen.

Der gesamte Wohnungsbestand der Genossenschaft umfaßt 158 Wohnungen, 16 Garagen und 57 Stellplätze.

Der vom Vorstand aufgestellte Wirtschaftsplan für das Jahr 2005 weist einen Überschuß von 78.500,-- Euro aus.

Hausbewirtschaftung	100,00	TEUR
Finanzergebnis	0,50	"
Mitgliederverwaltung	<u>./. 2,00</u>	"
	98,50	TEUR
Abschr. auf Anlagevermögen	105,00	"
	<u>./. 125,00</u>	"
	78,50	TEUR

Insgesamt sind keine Risiken zu erkennen die die Ergebnislage 2005 negativ beeinflussen können.

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Jahr 2004 geleistete Arbeit.